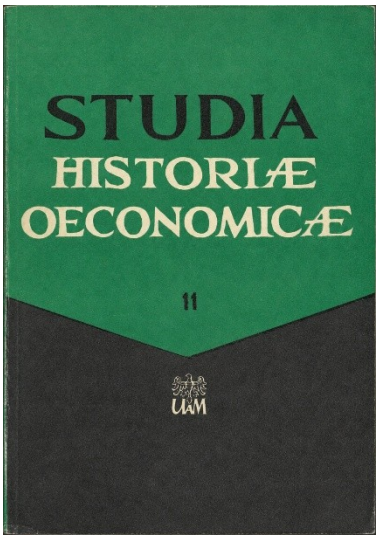

Schröder, H.J. (1976) 'Das Dritte Reich und Amerika: Die ökonomische Konfrontation 1933-1941', *Studia Historiae Oeconomicae*, 11, pp. 159-184.

https://doi.org/10.14746/sho.1976.11.1.009

Text of article:
https://pressto.amu.edu.pl/index.php/sho/article/view/58239

The text was digitised from an earlier printed edition of *Studia Historiae Oeconomicae*. The digitisation process involved scanning, automated optical character recognition (OCR), and subsequent manual verification of the recognised text. The original source material is held by the Collegium Historicum Library at Adam Mickiewicz University, Poznań.
bch.amu.edu.pl

The task was carried out within the framework of the competition "Social Responsibility of Science II – Support for Scientific Libraries". The project entitled "Digitization of archival editions of scientific journals collected by the Library of the Coll. Historicum of Adam Mickiewicz University". The project was co-financed from state budget funds granted by the Minister of Science within the framework of the Programme Social Responsibility of Science II. Support for Scientific Libraries (agreement no. BIBL/SP/0092/2024/02 of 05.12.2024).

Total value of the project: PLN 247,236.00. Amount of co-financing: PLN 220,836.00.









STUDIA HISTORIAE OECONOMICAE
UAM Vol. 11 — 1976 Poznań 1976

Hans-Jürgen Schröder (Mainz)

DAS DRITTE REICH UND AMERIKA
DIE ÖKONOMISCHE KONFRONTATION 1933 - 1941

Der Wiederaufstieg Deutschlands zur Großmacht vollzog sich nach dem ersten Weltkrieg im wesentlichen in enger außenpolitischer Anlehnung der Weimarer Regierungen an die Vereinigten Staaten von Amerika. Angesichts der militärischen Niederlage hatten die deutschen Führungsschichten von Wirtschaft und Politik bereites während der Revolution des Jahres 1918 ihr politisches Kalkül zur Wiedererlangung außenpolitischer Handlungsfähigkeit primär auf den wirtschaftlichen Bereich abgestellt: Die Stärkung der deutschen ökonomischen Position sollte die Basis einer aktiven Außen- und Revisionspolitik werden[1]. Dieses Kalkül mußte zwangsläufig eine die Interessen der USA voll berücksichtigende Politik einschließen, denn das für die ökonomische Stabilisierung und Expansion notwendige Kapital war in erster Linie in den USA, die im Verlauf des Weltkrieges eine ökonomische Kontrollstellung erlangt hatten, zu mobilisieren. Für die USA, die entgegen einer immer wieder vertretenen Auffassung nach dem Ersten Weltkrieg keine isolationistische Politik betrieben hatten[2] bildete demgegenuber die Deutschlandpolitik aus politischen und vor allem ökonomischen Gründen ein Kernstück ihrer auf wirtschaftliche und politische Stabilisierung abgestellten Europapolitik. Hieraus ergab sich für die deutsche und amerikanische Außenpolitik der 1920 er Jahre eine Interessenparallelität, die von der neueren Forschung überzeugend herausgearbeitet worden ist[3].

[1] Vgl. für die unmittelbare Nachkriegszeit Peter Krüger, *Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß*, Stuttgart 1973.

[2] Grundlegend hierzu William A. Williams, *The Legend of Isolationism in the 1920's*, in: Science and Society 18 (1954), S. 1 - 20, abgedruckt bei Barton J. Bernstein/Allen J. Matusow (eds.), *Twentieth Century America: Recent Interpretations*, New York 1969, S. 205 - 220; vgl. auch Anm. 31.

[3] Vgl. bes. Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921 - 32*, Düsseldorf 1970; Frank Charles Costigliola, *The Politics of Financial Stabilization: American Reconstruction Policy in Europe 1924 - 30*, Ph. D. Dissertation, Cornell University, Ithaca/New York 1973, University Microfilm No. 73-16099; Bernard V. Burke, *American Economic Diplomacy and the Weimar Republic*, in: Mid-America 54 (1972), S. 211 - 233.

Angesichts der "ausschlaggebenden" Bedeutung (Stresemann) der Vereinigten Staaten für die Weimarer Außenpolitik, welche die führenden Politiker bis hin zu Brüning veranlaßte, nur im engsten Einvernehmen mit Washington vorzugehen, und den, wie Botschafter Prittwitz Ende 1932 betonte, möglichen Rückwirkungen innenpolitischer Vorgänge in Deutschland auf das deutsch-amerikanische Verhältnis[4] überrascht es nicht, wenn nach der nationalsozialistischen Machtergreifung vor allem in der Wilhelmstraße die USA als wichtiger Faktor in die allgemeinen außenpolitischen Überlegungen voll einbezogen wurden[5]. Die deutsche Haltung zur bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz macht dies besonders deutlich.

Der neue amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt drängte nach seiner Amtsübernahme im März 1933 auf einen schnellen Beginn der auf der Lausanner Konferenz 1932 beschlossenen und vom Völkerbund für 1933 nach London einberufenen Weltwirtschaftskonferenz. Das zwang die Reichsregierung, die schon Anfang März zur Vorbereitung der Konferenz mit Washington in Fühlung getreten war, ihre Wünsche insbesondere auch hinsichtlich des Konferenzbeginns zu präzisieren, ein Problem, das Reichsbankpräsident Schacht unter richtiger Einschätzung des persönlichen Engagements des amerikanischen Präsidenten als eine „hochpolitische Frage" wertete[6]. Ungeachtet der Widerstände von Reichswirtschaftsminister Hugenberg hatte Hitler bereits in seiner Reichstagsrede vom 23. März den Plan einer Weltwirtschaftskonferenz grundsätzlich begrüßt, sich mit ihrem „baldigen Zusammentritt" einverstanden erklärt und die Bereitschaft der Reichsregierung unterstrichen, an der Konferenz „mitzuarbeiten, um endlich positive Ergebnisse zu erlan-

[4] Vgl. Aufzeichnung Simon über die 2. Sitzung des Thoiry-Ausschusses am 14. Oktober 1926, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945, Serie B, Bd. I, 2 (künftig ADAP/B), Göttingen 1968, S. 334; Rede Brünings vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages vom 24. Mai 1932, abgedruckt bei Wilhelm Vernekohl (Hrsg.), *Heinrich Brüning. Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmannes*, Münster 1968, S. 165 ff.; *Deutschaft* (künftig DB) Washington (Prittwitz) an AA, 10. November 1932, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (künftig AA), Pol. Abt. III, Politische Beziehungen der Vereinigten Staaten von Amerika zu Deutschland, Bd. 19.

[5] Die folgende Darstellung stützt sich in erster Linie auf meine Untersuchung Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933 - 1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzen, Wiesbaden 1970, dort auch eine Auseinandersetzung mit der bis 1970 erschienenen Literatur und ausführlichere Belege, auf die hier leider verzichtet werden muß. Eine gute Einführung in die Veröffentlichungen zur Amerikapolitik des Dritten Reiches bieten zunächst die beiden Literaturberichte von Werner Link, *Das nationalsozialistische Deutschland und die USA 1933 - 1941*, in: Neue Politische Literatur 18 (1973), S. 225 - 233, und Ernest R. May, *Nazi Germany and the United States*. A Review Essay, in: Journal of Modern History 41 (1969), S. 207 - 214, sowie die Hinweise bei Arnold A. Offner, *American Appeasement. United States Foreign Policy and Germany, 1933 - 1938*, Cambridge/Mass. 1969, S. 283 - 309.

[6] Aktenvermerk Ritter, 22. März 1933, in: AA, Sonderreferat Wirtschaft (künftig SW), Internationale Weltwirtschaftskonferenz in London 1933, Bd. 5.

gen"[7]. Hans Luther, der neue deutsche Botschafter in Washington (Botschafter Prittwitz war aus Protest gegen das nationalsozialistische Regime zurückgetreten), teilte der amerikanischen Regierung in der zweiten Aprilhälfte offiziell mit, daß die deutsche Regierung an einem frühen Beginn der Konferenz — „je eher desto besser" — interessiert sei. Der neue Botschafter hatte bei Außenminister Hull überdies den Eindruck hinterlassen, daß mit einer konstruktiven deutschen Mitarbeit auf der Konferenz zu rechnen sei[8]. Ansätze zu einer solchen Kooperation ergaben sich für Hitler etwa in einer Verständigung der „maßgebenden Industrie-Nationen" über eine Exportbegrenzung von Produktionsmitteln. Werde die Ausfuhr von Produktionsmitteln „ins Uferlose fortgesetzt, so höre die Lebensvoraussetzung für die europäische Industrie einfach auf"[9].

Bei der Formulierung der deutschen Verhandlungsposition traten rein wirtschaftliche Erwägungen allerdings hinter außenpolitischen Rücksichtnahmen zurück. Namentlich in der Wilhelmstraße wurde die Londoner Konferenz im Kontext der gesamten außenpolitischen Konstellation des nationalsozialistischen Regimes gesehen. Der von Hugenberg zur schnellen Realisierung rein autonomer wirtschaftspolitischer Maßnahmen empfohlene Obstruktionskurs, erfüllte daher das Auswärtige Amt „aus politischen Gründen" mit „lebhafter Besorgnis", und es wurde eindringlich davor gewarnt, mit einer solch negativen Haltung auf die Konferenz zu gehen. Schließlich sei die Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz für die Regierung Hitler „gewissermaßen ihre erste Visitenkarte bei den übrigen Regierungen". Diese erste „Visite" dürfe aber, wenn „das internationale Standing, die Vertrauenswürdigkeit und Verhandlungsfähigkeit dieser Regierung nicht von Anfang an einen verhängnisvollen und nicht wieder gut zu machenden Stoß erleiden soll, nicht den Eindruck zurücklassen, daß diese Regierung mit nicht ernsthaften Vorschlägen taktische Manöver macht"[10].

Wie sehr die Reichsregierung bemüht war, insbesondere zur amerikanischen Regierung keinen Gegensatz aufkommen zu lassen, demonstriert auch die gegen den Widerstand des Reichswirtschaftsministeriums durchgesetzte Zustimmung Berlins zu dem von Washingtou angeregten Zollwaffenstillstand. Neben der sachlichen Seite sei auch hier die „taktisch-politische" Komponente zu berücksichtigen, argumentierte Außenminister Neurath. So würde im Falle der Ableh-

---

[7] Max Domarus (Hrsg.), *Hitler, Reden und Proklamationen 1932 - 1945*, München 1965, Bd. I, S. 236.

[8] Memo Hull, 15. April 1933, in: National Archives, Washington DC, Record Group 59 (künftig NA, RG 59), 550. S. 1 Washington/95.

[9] Hitler auf der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Reichsregierung vom 24. April 1933, Niederschrift in: ADAP/C I, S. 332 ff., Zitate S. 334 f.

[10] Aufzeichnung für Außenminister, 21. April 1933, in: AA, Handakten Wiehl, Weltwirtschaftskonferenz, Bd. 1.

nung auf die deutsche Regierung das „Odium" fallen, die Welt wirtschaftskonferenz von Anfang an „sabotiert" zu haben. Hinzu komme, daß angesichts des amerikanischen Engagements die Regierung in Washington und Roosevelt selber ein glattes „Nein" von deutscher Seite „auch ganz besonders auf sich beziehen" müßten. Es sei aber gerade auch im Interesse Berlins, durch seine Zustimmung dem „Programm des amerikanischen Präsidenten mit zur Geltung zu verhelfen". Aufgrund seiner außenpolitischen Lage könne es sich Deutschland einfach nicht leisten, als einziges Land den Vorschlag abzulehnen[11]. Mit der am 12. Mai vom Kabinett beschlossenen Zustimmung zum Zollwaffenstillstand wollte die Reichsregierung „insbesondere gegenüber dem Präsidenten Roosevelt" einen „erneuten Beweis" der Kooperationsbereitschaft erbringen, was dann in Washington auch einen „guten Eindruck" machte, wie Reichsbankpräsident Schacht nach seiner Rückkehr aus den USA betonte[12].

Die in den Monaten vor der Londoner Konferenz gegenüber Washington verfolgte Politik konnte dann während der Konferenz um so leichter durchgehalten werden, als konkrete Ergebnisse nicht zu erwarten waren und die Differenzen der USA mit England und Frankreich in der Währungsfrage dominierten. Die deutsche Delegation enthielt sich bewußt „jeder Einmischung in die grundsätzliche Haltung der Amerikaner", wie Schacht betonte[13]. Neurath verwies sogar auf die Ähnlichkeit der in Deutschland und den USA zu lösenden ökonomischen Probleme und folgerte, daß auch „wahrscheinlich die Heilmittel gleich sein müssen"[14].

Nach dem Scheitern der Konferenz wünschte sich Schacht im „Völkischen Beobachter" zwar „Nie wieder Gequassel", doch richtete sich dieser negative Kommentar nicht gegen die amerikanische Regierung. Er sei dem amerikanischen Präsidenten für seine Absage an der Konferenz ausgesprochen „dankbar", fügte er hinzu, denn Roosevelt habe grundsätzlich „denselben Gedanken, den Hitler und Mussolini zur Tat gemacht" hätten: „Nehmt euer Wirtschaftsschicksal selbst in die Hand und ihr helft nicht nur euch, sondern der ganzen Welt"[15]. Das Propagandaministerium gab an die Presse,

[11] Neurath an Reichskanzlei, 4. Mai 1933, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig BA), R 43 II/365.

[12] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Reichsministeriums am 12. Mai 1933, in: ADAP/C I, S. 402 ff.; AA an DB Washington, 12. Mai 1933, in AA, SW, Internationale Weltwirtschaftskonferenz in London 1933, Bd. 7; Bericht des Reichsbankpräsidenten über seine Amerikareise, Auszug aus der Niederschrift der Ministerbesprechung vom 26. Mai 1933, in: ADAP/C I, S. 481 ff. Zu der hier nicht behandelten Reise Schachts in die USA vgl. im einzelnen Gerhard L. Weinberg, *Schachts Besuch in den USA im Jahre 1933*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (künftig VZG) 1 (1963), S. 166 - 180.

[13] Schacht an AA (für Reichsbank), 6. Juli 1933, in: AA, SW, Internationale Weltwirtschaftskonferenz in London 1933, Bd. 13.

[14] Rundfunkansprache Neuraths an Amerika, zitiert nach Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe (künftig VB), 22. Juni 1933.

[15] VB, 14. Juli 1933.

die schon die Washingtoner Vorbesprechungen mit wohlwollenden Kommentaren begleitet hatte, die Parole aus, „vor allen Dingen Angriffe gegen Amerika" zu vermeiden: „Mit aller Eindringlichkeit bittet die Reichsregierung, bei den Kommentaren anläßlich der Vertagung oder des Abbruches der Konferenz dringend, Angriffe gegen die Regierung der Vereinigten Staaten und den Präsidenten Roosevelt dringend zu unterlassen"[16]. Unter strikter Befolgung dieser Richtlinien wurde das Scheitern der Konferenz nicht der amerikanischen Regierung angelastet, sondern als natürliche Konsequenz der von den einzelnen Staaten vorrangig zu lösenden innenpolitischen Probleme gesehen. Diese vorsichtige Amerikapolitik des Jahres 1933 fügte sich in die auf eine außenpolitische „Abschirmung der inneren Machtentfaltung von 1933/34" abgestellte Außenpolitik (Bracher) organisch ein[17]. Diese mit Blick auf das europäische Geschehen formulierte Interpretation der Anfangsphase nationalsozialistischer Außenpolitik wird damit auch in bezug auf die USA voll bestätigt. Daher wird man die USA im deutschen außenpolitischen Kalkül nach der Machtergreifung keineswegs als „quantité négligeable" einstufen können[18]. Hinzu kommt, daß eine konstruktive Politik gegenüber der neuen Regierung in Washington eine wichtige Möglichkeit zur innenpolitischen Legitimierung der nationalsozialistischen „Revolution" bot. Kommentare der gelenkten Presse, in denen neben Roosevelts „Führungsaufgabe" vor allem die Parallelen in der deutschen und amerikanischen Entwicklung seit 1933 hervorgehoben wurden, machen dies deutlich[19].

Die in den ersten Jahren nach der Machtergreifung konsequent verfolgte vorsichtige Amerikapolitik lag ebenso im Interesse der an die Weimarer Revisionspolitik anknüpfenden traditionellen Führungsschichten wie sie den Notwendigkeiten einer spezifisch nationalsozialistischen, auf die Realisierung von Hitlers „Programm" gerichteten Politik entsprach[20].

---

[16] Presseanweisungen v. 5. und 6. Juli, in: BA, Sammlung Brammer, Bd. 1.

[17] Karl Dietrich Bracher, *Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik*, in: VZG 5 (1957), S. 74.

[18] Dies besonders im Gegensatz zu Joachim Remak, *Germany and the United States*, 1933 - 1939, Ph. D. Dissertation, Stanford University, Stanford California 1954 (MS), S. 76 ff.; ders., *Hitlers Amerikapolitik*, in: Außenpolitik 6 (1955), S. 707; James V. Compton, *The Swastika and the Eagle. Hitler, the United States, and the Origins of World War II*, Boston 1967, S. 36 ff., 260 ff. (deutsch unter dem Titel: *Hitler und die USA. Die Amerikapolitik des Dritten Reiches und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges*, Oldenburg 1968).

[19] Hierzu zahlreiche Belege bei Schröder (s. Anm. 5); vgl. bes. John A. Garraty, *The New Deal, National Socialism, and the Great Depression*, in: American Historical Review 78 (1973), S. 907 - 944.

[20] Zu dieser Verschränkung traditioneller und nationalsozialistischer Elemente der deutschen Außenpolitik seit 1933 vgl. Günter Wollstein, *Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland*, Bonn 1973.

Ungeachtet der in der Anfangsphase des nationalsozialistischen Regimes verfolgten vorsichtigen Politik gegenüber den USA entwickelten sich bereits in den Jahren 1934/35 zwischen Washington und Berlin grundlegende Interessenkonflikte. Diese werden allerdings erst dann deutlich, wenn man die ökonomischen Antriebskräfte sowohl der deutschen als auch der amerikanischen Außenpolitik in die Analyse der Beziehungen voll einbezieht. Auch wenn man die innenpolitischen Antriebskräfte der deutschen Außenpolitik nach 1933 primär im ideologischen Bereich und vor allem in der Hitlerschen Programmatik sieht[21], wird man die ökonomischen Faktoren nicht ausklammern können. Hitler selbst hat die Überwindung der depressiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft wiederholt zu seinen innenpolitischen Hauptaufgaben —erklärt, da er eine binnenwirtschaftliche Stabilisierung als Voraussetzung auch der politischen Stabilisierung des Regimes sah. Folgerichtig hat der neue Reichskanzler gleich nach der Machtergreifung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine antizyklische Konjunkturpolitik inauguriert, die sich bereits im ersten Jahr im Vergleich zur Entwicklung in den anderen Industriestaaten als überaus erfolgreich erwies[22].

Diese — durch die seit 1934/35 intensivierte Aufrüstung beschleunigte interne Expansionspolitik — führte schnell zu einem Druck auf die Handelsbilanz, weil die Binnenkonjunktur einmal einen erhöhten Rohstoffbedarf und somit höhere Einfuhren zur Folge hatte und außerdem den Exportdruck der deutschen Industrie insofern milderte, als sich die Nachfrage auf dem Binnenmarkt wieder vergrößerte. So schloß die Handelsbilanz, die noch im Jahre 1932 einen Überschuß von über 1 Milliarde Reichsmark aufwies, bereits Ende 1934 mit einem Passivsaldo von 280 Millionen RM ab[23]. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung sind die ständigen Aufrufe der Reichsregierung zur Verstärkung der Exportbemühungen zu sehen: „Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Binnenkonjunktur ist nur möglich", so betonte Hitler im März 1935, „wenn es gelingt, den Bedarf an lebensnotwendigen fremden Rohstoffen zu decken". Das sei aber nur dann gewährleistet", wenn die deutsche Ausfuhr auf einer „entsprechenden Höhe gehalten" werde[24]. Das Auswärtige Amt erinnerte die Missionen Ende 1937 daran, daß die „Aus-

[21] Vgl. in diesem Zusammenhang vor allem Klaus Hildebrand, *Die innenpolitischen Antriebskräfte der nationalsozialistischen Außenpolitik*, in: *Sozialgeschichte heute*. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S. 635 - 651.

[22] Vgl. Dieter Petzina, *Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33*, in: VZG 15 (1967), S. 38 ff.; Rene Erbe, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 - 1939 im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958, S. 25.

[23] Zahlenangaben nach: *Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944*, herausgegeben vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, München 1949, S. 392.

[24] Geheimerlaß Hitlers vom 22. März 1935, in: Staatliches Archivlager Göttingen, Nürnberger Dokument NI-550.

fuhr für das deutsche Wirtschaftsleben nach wie vor von überragender Bedeutung" sei[25]. Hitler brachte die deutsche Exportabhängigkeit Anfang 1939 auf die dramatische Formel: „deutsches Volk lebe, d. h. exportiere, oder stirb"[26].

Im Gegensatz zur deutschen Wirtschaft, für die sich ein Exportzwang hauptsächlich als Voraussetzung für die zur Aufrechterhaltung der Binnenkonjunktur notwendigen Rohstoffeinfuhr ergab, stellte sich für die USA primär das Problem, Exportmärkte zur Absorbierung der industriellen und landwirtschaftlichen Überschußprodukte zu erschließen. Mit monotoner Beharrlichkeit haben führende Angehörige der Regierung Roosevelt und der Präsident selbst die enge Verknüpfung von binnenwirtschaftlicher Entwicklung und überseeischer ökonomischer Expansion der amerikanischen Öffentlichkeit geradezu eingehämmert[27]. Dieses Eintreten für eine expansive Außenwirtschaftspolitik macht deutlich, daß die Regierung Roosevelt die ökonomischen Probleme der USA in der Weltwirtschaftskrise nicht in der Isolation zu lösen suchte. Die expansive Außenwirtschaftspolitik der 1920er Jahre wurde nicht nur fortgesetzt, sondern unter dem Eindruck der Depression noch intensiviert. Auch für die 1930er Jahre, daran besteht kein Zweifel, hat die mit Blick auf die Abhängigkeit der USA vom Außenhandel geprägte Formel vom „Dependent America"[28] uneingeschränkt Gültigkeit. Damit steht auch die Rooseveltsche Politik in der Tradition amerikanischer Außenpolitik seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, deren ökonomische Antriebskräfte die neuere Imperialismusforschung überzeugend herausgearbeitet hat[29]. Eine Analyse der Rooseveltschen Außenpolitik[30], die sich nicht auf eine vordergründige, diplomatiegeschichtliche Darstellung beschränkt,

---

[25] Runderlaß AA, 19. Dezember 1937, in: AA, Handakten Wiehl, Vierjahresplan, Bd. 1.

[26] Max Domarus, *Hitler* (s. Anm. 7) II, S. 1053.

[27] Vgl. William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, 3. Aufl. New York 1972, S. 162 ff. (deutsch: *Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie*, Frankfurt/Main 1973); Lloyd C. Gardner, *Economic Aspects of New Deal Diplomacy*, Madison/Wisconsin 1964.

[28] Vgl. William Cox Redfield, *Dependent America*, Boston 1926.

[29] Namentlich William A. Williams, Walter LaFeber, Thomas J. McCormick und Hans-Ulrich Wehler haben — wie früher schon Charles Beard — den Zusammenhang zwischen industriellem Wachstum in den USA und überseeischer Expansion vor allem für die Depression von 1873 - 1896 überzeugend nachgewiesen. Über den neuesten Forschungsstand informiert umfassend Hans-Ulrich Wheler, *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zu Entwicklung des Imperium Americanum 1865 - 1900*, Göttingen 1974, vgl. bes. die kritische Bibliographie S. 252 ff.

[30] Die Literatur zur Rooseveltschen Außenpolitik ist Legion. Einen vorzüglichen Überblick gibt die Bibliographie von William J. Stewart (ed.), *The Era of Franklin D. Roosevelt: A Selected Bibliography of Periodical, Essay, and Dissertation Literature, 1945 - 1971*, 2. Aufl. Hyde Park/New York 1974.

sondern auch die binnenwirtschaftlichen und innenpolitische Stabilisierungsfunktion der Außenwirtschaft berücksichtigt, wird keinesfalls zu dem Schluß gelangen, Roosevelt habe in den ersten Jahren seiner Amtszeit eine isolationistische Politik betrieben. So ist der von Roosevelt rigoros verfolgte Primat der Innenpolitik auch nicht als Isolationismus zu interpretieren[31]. Übrigens hatte bereits kurz nach dem Scheitern der Londoner Konferenz die deutsche Botschaft in Washington davor gewarnt, Roosevelts Absage an die Weltwirtschaftskonferenz als einen Rückzug auf den nordamerikanischen Kontinent zu interpretieren: Schon wegen der „Abhängigkeit eines wesentlichen Teils der amerikanischen Wirtschaft vom Außenhandel" könnten die USA auf eine aktive Außenpolitik kaum verzichten[32]. In diesem Zusammenhang ist besonders auf die mit dem „Reciprocal Trade Agreements Act" vom Juni 1934 inaugurierte Handelsvertragspolitik zu verweisen, die in ihrer Zielsetzung auf eine Liberalisierung des Handels, d. h. auf die weltweite Durchsetzung der 1899/1900 formalisierten „Open Door Policy" gerichtet war. In dieser Politik der „Offenen Tür" erblickten die Führungsspitzen von Wirtschaft und Politik zugleich die Möglichkeit auch der informellen politischen Einflußnahme mittels ökonomischer Durchdringung[33].

Zur Hullschen Außenhandelskonzeption, die sich nach internen Auseinandersetzungen innerhalb der Roosevelt Administration 1934 durchgesetzt hatte, stand die bereits von der Regierung Brüning anvisierte und seit 1933 immer konsequenter verfolgte bilaterale Außenhandelspolitik Deutschlands, die in Schachts Neuem Plan vom September 1934 ihren Höhepunkt fand, in diametralem Gegensatz. Während die Washingtoner Handelspolitik darauf abzielte, bilateral vereinbarte Handelserleichterungen durch die Meistbegünstigungsklausel multilateral auszuweiten, wünschte Berlin Aus- und Einfuhren bilateral mit den einzelnen Handelspartnern abzuwickeln. „Trade Agreements Act" und Neuer Plan, so wird man in der historischen Perspektive feststellen können, waren prinzipielle Weichenstellungen der amerikanischen bzw. deutschen Handels- und Außenpolitik und damit zugleich ein wichtiger Einschnitt für die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Bezie-

[31] Dies besonders im Gegensatz zu Offner (s. Anm. 5); Robert Dallek, *Democrat and Diplomat. The Life of William E. Dodd*, New York 1968, S. 265; Friedländer (s. Anm. 73), S. 11 ff.; Langer/Gleason, *The Challenge to Isolation, 1937 - 1940*, New York 1952, S. 18; John E. Wiltz, *From Isolation to War*, London 1969, S. 16; in diesen Arbeiten wird die sog. Quarantänerede Roosevelts vom Oktober 1937 als Beginn eines langsamen Abrückens von der angeblichen Isolationspolitik der ersten Jahre gedeutet. Die wichtigste Literatur zum Isolationismusproblem ist verzeichnet bei Justus D. Doenecke, *The Literature of Isolationism. A Guide to Non-Interventionist Scholarship, 1930 - 1972*, Colorado Springs 1972.

[32] DB Washington (Leitner) an AA, 7. August 1933, in: AA, SW, Internationale Weltwirtschaftskonferenz in London 1933, Bd. 13.

[33] Vgl. bes. Williams (s. Anm. 27), S. 162 ff.

hungen seit 1934/35. Das beweist vor allem eine Analyse der deutsch-amerikanischen ökonomischen Konfrontation in Drittländern[34], läßt sich aber auch an der Verschlechterung der bilateralen Handelsbeziehungen klar ablesen.

Der Wert Deutschlands als Abnehmer amerikanischer Produkte — ein wichtiges Motiv für die Washingtoner Stabilisierungspolitik der 1920er Jahre — war im Verlauf der Weltwirtschaftskrise zunächst noch angewachsen. So nahm Deutschland im Jahre 1933 8,4% der gesamten US-Exporte auf und war damit wie im Jahre 1929 (7,8%) der wichtigste Abnehmer amerikanischer Produkte auf dem europäischen Festland[35]. Der Bedeutung des deutschen Marktes, auf die Außenminister Hull im Mai 1933 ausdrücklich verweisen hatte[36], stand seit der Konjunkturbelebung auch das starke Interesse der Reichsregierung an Importen amerikanischer Rohstoffe gegenüber, und so bemühte sich Berlin schon vor der Verabschiedung des „Trade Agreements Act" (Juni 1934) intensiv um Wirtschaftsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Eine „direkte wirtschaftliche Verständigung" zwischen den USA und Deutschland würde nicht nur einen „sehr erheblichen Beitrag zur Lösung des Weltwirtschaftsproblems leisten können, sie liege auch insofern im unmittelbaren Interesse Washingtons, argumentierte Schacht, als „man an malayische Kulis nicht so viel verkaufen kann wie an hochqualifizierte deutsche Fabrikarbeiter"[37]. Ziel dieser deutschen Initiativen war neben der Sicherstellung von Rohstoffimporten insbesondere ein Ausgleich der Handelsbilanz, deren Passivität gegenüber den USA (etwa 1 : 2) der Reichsregierung angesichts der Devisensituation nicht mehr tragbar erschien. Letztlich wünschte die Reichsregierung eine Bilateralisierung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen zu erreichen und die amerikanische Regierung für das deutsche System von Einfuhrkontingenten und Devisenzuteilungen zu gewinnen. Washington war aber nicht bereit, auf derartige Vorschläge, die der Hullschen Außenwirtschaftskonzeption prinzipiell widersprachen, einzugehen und damit auf die im deutsch-amerikanischen Handelsvertrag von 1923 festgelegte Meistbegünstigung zu verzichten. Vor allem die Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Berlin über die Auslegung der Meistbegünstigung haben dazu beigetragen, daß die Reichsregierung den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag im Oktober 1934 zum 14. Oktober 1935 kündigte.

Es sollte sich allerdings als Illusion erweisen, wenn die Reichsregierung glaubte, dadurch handelspolitische Gespräche mit den USA erzwingen zu können, um bei einer Neufassung des Vertrages die Bestimmungen der Meistbegünstigung der „veränderten Entwicklung", d. h. aus Berliner Sicht: den

[34] Siehe unten, Text zu Anm. 89 ff.

[35] Zahlenangaben nach Wirtschaft und Statistik 16 (1936), S. 355 f.

[36] Vgl. Hull an Attorney General, 1. Mai 1933, in: NA, RG 59, 611. 623 coal/44.

[37] Schacht an White, 23. Mai 1934, in: Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand AA, 44429.

deutschen Interessen anpassen zu können. Es lag auf der Linie ihrer vorsichtigen Amerikapolitik, wenn die Reichsregierung, die die Kündigungsnote überaus zurückhaltend formuliert hatte, alles zu vermeiden suchte, was den deutschen Schritt als eine prinzipielle Herausforderung der amerikanischen Handelsvertragspolitik erscheinen ließ. So wurde der Regierung in Washington bedeutet, daß es Berlin „politisch erwünscht" sei, wenn bei einer etwaigen Presseverlautbarung Washingtons zur Kündigung deren „vorsorglicher Charakter" zum Ausdruck gebracht würde, um auf diese Weise „Mißdeutungen" des deutschen Schrittes zu vermeiden[38]. Dennoch war die Reaktion von Regierung und Öffentlichkeit in den USA überaus ungünstig. Namentlich von Außenminister Hull wurde der deutsche Schritt als „eine Art Angriffshandlung gegen das gesamte amerikanische Handelsvertragssystem empfunden"[39]. Die Warnungen der Botschaft, daß eine Kündigung des Handelsvertrags die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen eher erschweren als begünstigen werde, wurde durch die Entwicklung der folgenden Jahre voll bestätigt: Die zahlreichen weiteren Versuche Berlins, Washington zu Wirtschaftsgesprächen mit Deutschland zu bewegen, erwiesen sich als erfolglos. Unter richtiger Einschätzung der neuen Washingtoner Handelsvertragspolitik berichtete der im Oktober 1935 in den USA weilende Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes nach Berlin, daß die Zeit gegen Deutschland arbeite und die deutsche Stellung „taktisch und praktisch" mit dem Abschluß von weiteren Handelsverträgen durch die amerikanische Regierung mit anderen Staaten immer mehr erschwert werde[40]. Ähnlich beklagte auch der Industrielle von Schnitzler, daß sich die Kündigung der Meistbegünstigung „offenbar mehr gegen uns als gegen die USA" auswirke[41].

In einer zusammenfassenden Beurteilung des Auswärtigen Amtes vom März 1938 wurde die „Geschichte unserer Handelspolitik mit den Vereinigten Staaten" dann sogar als „eine ununterbrochene Reihe folgenschwerer Beschlüsse" charakterisiert: „Mit der Kündigung des Handels- und Freundschaftsvertrages von 1923 im Oktober 1934, kurz nach der großen Wende der amerikanischen Handelspolitik, verloren wir die Meistbegünstigung in Amerika, die für uns je länger, desto wichtiger wurde. Amerika hat seither nacheinander mit 16 Staaten bedeutende Zollermäßigungen vereinbart, und noch weitere Ermäßigungen mit der Tschechoslowakei, mit Großbritannien und den Dominions stehen bevor. Die Deutsche Botschaft in Washington hat seinerzeit dringend vor dieser Kündigung gewarnt und schon damals mit

[38] AA an DB Washington, 6. Oktober 1934, ebenda, 44431.

[39] DB Washington (Luther) an AA, 18. Oktober 1934, ebenda, 44430.

[40] Ritter an AA, 8. Oktober 1935, in: AA, Handakten Clodius, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Bd. 5.

[41] Am 12. Dezember 1935, Anlage zu Reichsgruppe Industrie an AA, 13. Dezember 1935, in: DZA 47178/5.

Nachdruck auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß sie schwer verstimmen, uns wichtiger und nahe bevorstehender Zollermäßigungen berauben. die Gefahr der Diskriminierung des deutschen Handels und wahrscheinlich auch die Erhebung von Zuschlagzöllen auf die deutsche Einfuhr nach den verschiedenen Dumpingbestimmungen heraufbeschwören würde. Die Aussichten, mit der Amerikanischen Regierung nachher wieder ins Gespräch zu kommen, wurden für absehbare Zeit als sehr unwahrscheinlich bezeichnet". Diese Warnungen der Botschaft „haben sich leider restlos erfüllt"[42].

Diese negative Entwicklung der Handelsbeziehungen mit den USA schlägt sich in der Statistik eindrucksvoll nieder: Die deutschen Importe aus den USA, die im Jahre 1928 über 2 Milliarden RM betragen hatten, waren im Jahre 1936 auf 231 Millionen RM geschrumpft; sie stiegen aufgrund deutscher Rohstoffkäufe für das Rüstungsprogramm 1938 allerdings wieder auf 406 Millionen RM an. Die deutschen Ausfuhren in die USA gingen von 796 Millionen RM (1928) auf 149 Millionen RM im Jahre 1938 (1936=172 Millionen) zurück[43].

Durch die Kündigung des Handelsvertrages hatte die Reichsregierung entscheidend dazu beigetragen, daß die beiderseitigen Handelsbeziehungen so schnell in einen offenen handelspolitischen Gegensatz mündeten, der durch die deutsche Haltung in der Schuldenfrage eine erhebliche Verschärfung erfuhr. So wurde die mit der Kündigung des Handelsvertrags (der Mitte 1935 ohne sein Kernstück, der Meistbegünstigung im Warenverkehr, verlängert wurde) zeitlich zusammenfallende Beschränkung des Zinsendienstes für Kapitalschulden, insbesondere für die Dawes- und Younganleihen, von den USA als „planmäßiges Vorgehen und als einseitige Diskriminierung amerikanischer Interessen aufgefaßt"[44]. Namentlich die von der Reichsregierung praktizierte Verknüpfung der Schuldenfrage mit handelspolitischen Zielsetzungen stieß in den USA auf erbitterten Widerstand. So erblickte die Washingtoner Regierung in der von der Reichsregierung praktizierten Bevorzugung der Gläubiger Hollands und der Schweiz eine Bedrohung ihrer auf formale Gleichstellung aller Partner ausgerichteten Politik[45].

Diese — also auch im finanzpolitischen Bereich erkennbare — prinzipielle Divergenz der deutschen und amerikanischen Außenwirtschaftskonzeptionen ist insbesondere von Angehörigen des State Department bei der Diskussion

---

[42] Aufzeichnung AA ohne Unterschrift, 11. März 1938, in: AA, Handakten Wiehl, Amerika. Bd. 12.

[43] Zahlenangaben nach: Statistisches Handbuch von Deutschland (s. Anm. 23), S. 410 f.

[44] Aufzeichnung AA ohne Unterschrift, 11. März 1938, in: AA, Handakten Wiehl, Amerika, Bd. 12.

[45] Vgl. Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1933 II, Washington 1949 (künftig FRUS), S. 544 ff.

der handelspolitischen Vorstöße Berlins immer wieder hervorgehoben worden. Ob es gelingen würde, diese unterschiedlichen Außenwirtschaftsprogramme zu einer Kompromißlösung zu verschmelzen, bezeichnete der Vorsitzende der New Yorker „Foreign Policy Association" dann unter dem Eindruck des amerikanischen Konjunkturrückschlags seit Mitte 1937 als eine zentrale Frage der amerikanischen Außenpolitik: „The question whether the trade agreements program shall be extended to these dictatorships (Deutschland, Italien, Japan) will be one of the most important questions in American foreign policy during 1938"[46].

Bei Beantwortung dieser Frage wird man sich vor Augen halten müssen, daß das Hullsche Außenwirtschaftsprogramm nicht nur ein essentieller Bestandteil der Rooseveltschen Krisentherapie, sondern zugleich ein wichtiges Instrument der Washingtoner Außenpolitik vor dem Kriegsausbruch war. „Assistant Secretary of State" Messersmith verwahrte sich gerade unter Hinweis auf die große Bedeutung der amerikanischen Handelsvertragspolitik gegen die Behauptung, die USA verharrten in einer selbstgewählten Isolation und betrieben keine aktive Außenpolitik „... this trade agreements program... is in fact the most far-reaching policy which has been put forward in recent years in any country which attacks the fundamental ills from which the world is suffering"[47]. Das Washingtoner Außenwirtschaftsprogramm diene dem Abbau wirtschaftlicher Spannungen, so lautete die Argumentation, und die Lösung ökonomischer Probleme impliziere automatisch auch eine politische Entspannung, dadurch werde auch die Gefahr militärischer Konfrontationen erheblich reduziert. Diese Vorstellungen hat namentlich Hull im Jahre 1938 pointiert vorgetragen: „There will not be military disarmament without economic appeasement", erklärte der Außenminister etwa im Februar 1938[48]. Das Weiße Haus bekannte sich in einer Presseerklärung ausdrücklich zu dieser Hullschen Konzeption: „... the promotion of peace through the finding of means for economic appeasement"[49].

Es sei „nicht überraschend", kommentierte der deutsche Geschäftsträger, Hans Thomsen, die amerikanische Außenpolitik, daß Außenminister Hull an die „Doktrin glaubt, daß alle politischen Probleme von der wirtschaftlichen Seite her lösbar" seien; diese „Präponderanz des Wirtschaftlichen über das Politische" ergebe sich aus der „Verflechtung des amerikanischen Handels mit der ganzen Welt". Der Wohlstand der USA beruhe „trotz weitgehender

---

[46] Raymond Leslie Buell, *The Hull Trade Program and the American System*, New York 1938, S. 40.

[47] George S. Messersmith, *Some Aspects of the Functions and Organization of the Department of State*, in: U. S. Department of State Press Releases 18 (1938), S. 187.

[48] Cordell Hull, *Foreign Trade, Farm Prosperity and Peace*, Washington 1938, S. 16.

[49] The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, Vol. 1938, New York 1941, S. 248.

Selbstversorgung ganz wesentlich auf den wirtschaftlichen Beziehungen Amerikas zu den übringen Mächten" weshalb eine „Isolation Amerikas vom übrigen Weltgeschehen nicht möglich" sei, denn „jede Veränderung im politischen und damit auch im wirtschaftlichen Feld brührt amerikanische Interessen". Das „natürliche Interesse" Washingtons liege daher in der „möglichst weitgehenden Förderung des internationalen Handels und in der Erhaltung des Friedens. Beide Interessen hält es durch die totalitären Mächte für bedroht". Daher sei die Washingtoner Politik „zwangsläufig darauf gerichtet", den „Vormarsch der totalitären Staaten zu einer Machtstellung aufzuhalten, die entscheidende Bedeutung bekommen könnte"[50]. Diese vorzügliche Analyse bestätigt, in welch großem Maße die Hullsche Außenwirtschaftskonzeption auch als Instrument der Außenpolitik zu verstehen ist[51].

Allerdings unterscheidet sich das amerikanische Konzept des „economic appeasement" grundlegend von der britischen Vorstellung eines „economic appeasement". Während die Londoner Deutschlandpolitik aus binnewirtschaftlichen Gründen einen Kompromiß mit dem nationalsozialistischen Regime in der Hoffnung anstrebte, damit auch einen Beitrag zur politischen Entspannung zu leisten, setzten sich im State Department diejenigen Kräfte durch, die gegenüber Deutschland auch aus politischen Erwägungen eine kompromißlose Haltung befürworteten und die Voraussetzungen eines „economic appeasement" allein nach den Bedingungen des neuen Washingtoner Außenwirtschaftsprogramms erzwingen wollten[52]. Die Ende 1937/Anfang 1938 im State Department geführte Debatte über die Deutschlandpolitik läßt dies klar erkennen.

Berlin hatte im Oktober 1937 den USA erneut einen handelspolitischen Modus vivendi vorgeschlagen, offensichtlich in der Hoffnung, Washington werde unter dem Eindruck des Konjunkturrückschlags seit Mitte 1937 eher zum Einlenken bereit sein[53]. Daraus auch für die USA resultierende kurzfristige ökonomische Vorteile sind im State Department zwar zur Debatte gestellt worden[54], die Befürworter eines harten Kurses gegenüber Berlin vermochten sich jedoch durchzusetzen. Schließlich würde eine handelspolitische Verständigung mit Deutschland, so argumentierte die Europaabteilung, die

---

[50] DB Washington (Thomsen) an AA, 12. September 1938, in: ADAP/D I, S. 594 f.

[51] Vgl. hierzu im einzelnen Bernd Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933 - 1939*, Düsseldorf 1971.

[52] Vgl. etwa Cordell Hull, *Trade, Prosperity and Peace*, Washington 1938, S. 10.

[53] Aide-Mémoire, ohne Datum (Tag der Übergabe 21. Oktober 1937), in: AA, Ha Pol. Abt. VIIIa, Nordamerika, Handelsvertragsverhältnis der Vereinigten Staaten zu Deutschland, Bd. 1 und NA, RG 59, 611. 6231/987 (engl. Übersetzung gedruckt in: FRUS 1937 II, S. 338 ff.).

[54] Vgl. Memo Darlington, 31. Dezember 1937, in: NA, RG 59, 611. 6231/999 1/2.

deutsche Aufrüstung und damit eine aggressive deutsche Außenpolitik eher begünstigen als hemmen. Demgegenüber stelle der Ausschluß des nationalsozialistischen Deutschland vom amerikanischen Handelsvertragsprogramm ein wirksames Mittel zur Eindämmung der nationalsozialistischen Expansionsbestrebungen dar. Die Bedeutung dieses außenpolitischen Instruments würde mit dem Abschluß weiterer Handelsverträge ständig zunehmen: „The development of our trade agreement program will automatically put economic pressure on Germany and in this we have a ready forged weapon in hand to induce Germany to meet general world trade and political sentiment"[55]. Besonders konsequent ist diese Konzeption von dem hervorragenden Deutschlandexperten Messersmith vertreten worden. Man dürfe in den USA nicht der Illusion erliegen, daß Deutschland überhaupt Konzessionen machen können. Denn bereits durch kleinere handelspolitische Zugeständnisse würde das NS-Regime sein gesamtes Kontroll- und damit Wirtschaftssystem gefährden. Es sei für Washington folglich nur dann sinnvoll, mit Berlin zu verhandeln, wenn sich in der deutschen Politik ein grundsätzlicher Kurswechsel vollzogen habe, da eine wirtschaftspolitische Verständigung mit Deutschland für die USA nur nach den Prinzipien des Washingtoner Außenwirtschaftsprogramms denkbar sei. Messersmith hat wiederholt — und im Zusammenhang mit der Konferenz von München besonders nachdrücklich — die Auffassung formuliert, daß handelspolitische Konzessionen es dem NS-Regime letztlich nur erleichtern würden, die Hegemonialstellung in Europa zu erringen und schließlich auch seine Weltherrschaftspläne zu realisieren. Demgegenüber gebe ein harter Kurs die Möglichkeit, das nationalsozialistische Deutschland ökonomisch und politisch zu schwächen[56].

Ähnlich argumentierte übrigens auch Heinrich Brüning, wenn er die amerikanische Regierung beschwor, aus politischen Gründen an der 1934 inaugurierten Handelsvertragspolitik festzuhalten: Wenn das NS-Regime aufgrund ökonomischen Drucks gezwungen sein werde, sein gegenwärtiges Wirtschaftssystem grundlegend umzuwandeln, erläuterte der frühere Reichskanzler im Januar 1938 gegenüber Messersmith, dann stünden in Deutschland Menschen bereit, um auch die notwendigen politischen Veränderungen herbeizuführen[57].

Die seitens der außenpolitischen Führung der USA hervorgehobene

---

[55] Memo Moffat, 31. Januar 1938, in: NA, RG 59, 611. 6231/1002 1/2.

[56] Von Messersmith befindet sich umfangreiches Material vor allem in den Akten des State Department und auch in seinem Nachlaß in Newark/Delaware. Vgl. in diesem Zusammenhang etwa seine Aufzeichnungen vom 22. Januar 1938 und 29. September 1938, in: Messersmith Papers.

[57] Vgl. Memo Messersmith, 31. Januar 1938, ebenda; außerdem Heinrich Brüning, *Briefe und Gespräche 1934 - 1945*, herausgegeben von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee, Stuttgart 1974, S. 170 f.

politische Komponente der Handelsvertragspolitik manifestiert sich am deutlichsten im englisch-amerikanischen Handelsvertrag vom November 1938. Er hatte nicht nur die Voraussetzung für einen „Wirtschaftsblock von respektablem Umfang"[58] geschafften, sondern darüber hinaus auch eine große politische Bedeutung, die von führenden amerikanischen Politikern wiederholt hervorgehoben wurde[59]. Auf deutscher Seite war man sich über diese politische Komponente des englisch-amerikanischen Handelsvertrages ebenfalls völlig klar. So hatte etwa Botschaftsrat Thomsen kurz vor Abschluß des Vertrages auf dessen „über das Wirtschaftliche weit hinausgehende Bedeutung" verwiesen[60]. Die Regierung der USA habe sich lange gehütet, die „Grenzlinie zwischen handelspolitischen und rein politischen Unterhandlungen zu überschreiten", kommentierte der nationalsozialistische Publizist Giselher Wirsing, jetzt sei Washington jedoch in eine „offene Bündnispolitik eingeschwenkt", man habe es lediglich vermieden, „dem Kind seinen wahren Namen zu geben"[61]. Vor allem in wirtschaftswissenschaftlichen Analysen wurde der Vertrag als „Instrument der hohen Politik", als „Symbol der amerikanisch-englischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten" interpretiert[62].

Die Reichsregierung legte jedoch ausdrücklich Wert darauf, diese politischen Implikationen in der breiteren Öffentlichkeit nicht zu diskutieren, damit hier nicht der Eindruck entstehe, Berlin sehe sich einer englisch-amerikanischen Front gegenüber. So war bereits im November 1937 an die Presse die Weisung ergangen, der bevorstehende Handelsvertrag dürfe „trotz seiner großen Bedeutung nicht zum Anlaß von Kombinationen über einen engeren politischen Zusammenschluß der westlichen Demokratien genommen werden"[63]. Nach Vertragsabschluß wurde der Presse auf Anregung des Auswärtigen Amtes noch einmal ausdrücklich verboten, gegen den Vertrag „zu polemisieren, um nicht den Eindruck zu erwecken, als betrachteten wir das als einen Sieg der Demokratien"[64]. Vertraulich wurden die Pressevertreter allerdings von der Regierung bereits im Juni 1938 unterrichtet, daß die „po-

---

[58] G. Albrecht, *Der englisch-amerikanische Handelsvertrag vom 17. Nov.* 1938, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 149 (1939), S. 78.

[59] Vgl. etwa Phillips an Sayre, 24. März 1937, in: Sayre Papers, Library of Congress, Washington, D. C.

[60] DB Washington (Thomsen) an AA, 12. September 1938, in: ADAP/I, S. 594.

[61] Giselher Wirsing, *Roosevelt als Nachahmer Wilsons*, in: Die Tat 30 (1938/39), S. 362 f.

[62] So Fritz Hirschel, *Der englisch-amerikanische Handelsvertrag und seine weltwirtschaftlichen Auswirkungen*, Staats- und Wirtschaftswiss. Diss. Heidelberg 1940 (abgeschlossen Juni 1939), S. 91; Otmar Emminger, *Der britisch-amerikanische Handelsvertrag*, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 13 (1938/39), S. 65.

[63] 19. November 1937, in: BA, Sammlung Brammer, Bd. 10.

[64] 18. November 1938, in: BA, Sammlung Traub, Bd. 10.

litische Parallelität" zwischen London und Washington bereits Realität sei[65].

Mit der im Handelsvertrag sichtbar gewordenen außenpolitischen Annäherung der USA an Großbritannien, reagierte Washington offensiv auf die sich primär im ökonomischen Bereich entwickelnde Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland. Die Gefährdung vitaler amerikanischer Interessen war zunächst das Ergebnis der deutschen Außenwirtschaftspolitik, mit der von Hitler eingeleiteten offenen Expansionspolitik seit 1938 erhielt diese ökonomische Konfrontation für Washington eine immer bedrohlichere Dimension. Verschärft wurde dieser Gegensatz durch ideologische Konflikte, wie sie etwa aus der Tätigkeit nationalsozialistischer Gruppen in den USA resultierten[66]. Die Versuche des „Bundes der Freunde des Neuen Deutschland" und seiner Nachfolgeorganisation (seit 1936) „Amerikadeutscher Volksbund", das Deutschtum in den USA gleichzuschalten und es zum Vehikel nationalsozialistischer Außenpolitik zu machen, blieben letztlich „utopische Fiktion einiger politischer Wirrköpfte"[67]. Dennoch führte das lautstarke Auftreten des Bundes in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zu einer Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Außerdem wurden die innenpolitischen Zwangsmaßnahmen des NS-Regimes Ende der 1930er Jahre von führenden amerikanischen Politikern zunehmend auch in der Öffentlichkeit kritisiert. Erster Höhepunkt dieser Entwicklung war die Reaktion Roosevelts auf die nationalsozialistischen Judenpogrome vom November 1938: Der amerikanische Missionschef in Berlin, Wilson, wurde zur Berichterstattung nach Washington zurückgerufen (er kehrte auf seinen Posten nicht mehr zurück) und der Präsident erklärte öffentlich: „The news of the past few days from Germany has deeply shocked public opinion in the United States. ... I myself could scarcely believe that such things could occur in a twentieth-century civilization"[68]. Diese entschiedene Stellungnahme Roosevelts erfolgte allerdings zu einem Zeitpunkt, als die Grundsatzentscheidungen über die Deutschlandpolitik gefallen waren und Deutschland hinreichend demonstriert hatte, daß es gegenüber den USA zu Konzessionen im ökonomischen Bereich nicht bereit war.

Berlin reagierte auf den Rooseveltschen Schritt, indem es seinen Botschafter, Dieckhoff, ebenfalls zur Berichterstattung nach Deutschland zurückrief. An einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen war jedoch

[65] 21. Juni 1938, in: BA, Sammlung Brammer, Bd. 32.

[66] Vgl. hierzu vor allem die parallel entstandenen und sich ergänzenden Studien von Sander A. Diamond, *The Nazi Movement in the United States 1924 - 1941*, Ithaca/New York — London 1974, und Gernot Heinrich Willy Graessner, *Deutschland und die Nationalsozialisten in den Vereinigten Staaten von Amerika 1933 - 1939*, Phil. Diss. Bonn 1973 (MS).

[67] Ebenda, S. 261.

[68] Statement by President Roosevelt, 15. November 1938, in: Peace and War. United States Foreign Policy 1931 - 1941, Washington 1943, S. 439.

beiden Seiten nicht gelegen. Die Experten der Wilhelmstraße befürchteten, daß die USA in einem solchen Falle ihren ökonomischen Druck auf Deutschland noch verstärken könnten und damit insbesondere auch die deutschen Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika treffen würden[69]. Demgegenüber wollte man sich in Washington die völkerrechtliche Basis zur Wahrnehmung amerikanischer Interessen in Deutschland erhalten[70].

Formell blieben die diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Washington also bestehen, Ansätze für eine Milderung des ideologischen Gegensatzes und der — zunehmend auch ideologisierten — ökonomischen Konfrontation hat es bis zum Kriegsausbruch nicht mehr gegeben. Im Gegenteil: Die nationalsozialistische Publizistik, die sich bis ins Jahr 1938 hinein bemüht zeigte, in kritischen Amerikakommentaren Roosevelt und Hull nach Möglichkeit nicht anzugreifen[71], sah sich jetzt veranlaßt „etwas Fraktur zu reden", wie Goebbels im „Völkischen Beobachter" formulierte[72]. Die Roosevelt zugeschriebene, von ihm allerdings dementierte Äußerung, die amerikanischen Grenzen lägen am Rhein, benutzte die nationalsozialistische Propaganda zu energischen Angriffen auf den Präsidenten[73]. Am 20. Februar erhielt die Presse dann die Anweisung, „den Wahnsinn der Rooseveltschen Panikpolitik zu unterstreichen und immer wieder darauf hinzuweisen, daß er es eigentlich sei, der offensichtlich Europa nicht zum Frieden kommen lassen wolle[74]. Den deutschen Einmarsch in Prag beantwortete Washington mit ökonomischen Repressalien (der Erhebung von Zuschlagzöllen auf deutsche Waren)[75]. Den Angriff Italiens auf Albanien nahm Roosevelt zum Anlaß, an Hitler und Mussolini einen Friedensappell zu richten, dem Hitler in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939 jedoch eine klare Absage erteilte, indem, er den amerikanischen Präsidenten gleichzeitig lächerlich zu machen suchte[76]. Anfang Mai 1939 hatte damit die Spannung zwischen Berlin und Washington ihren „Höhepunkt" erreicht[77].

---

[69] Vgl. Aufzeichnung AA ohne Unterschrift, 20. November 1938, in: ADAP/D IV, S. 566 ff.; Aufzeichnung Wiehl, 19. Dezember 1939, ebenda, S. 578 ff.

[70] Vgl. Memo Messersmith, 14. November 1938, in: FRUS 1938 II, S. 396 f.

[71] Vgl. z. B. die Presseanweisungen vom 4. März 1938, in: BA Sammlung Brammer, Bd. 11, und vom 26. Februar 1937, ebenda, Bd. 9.

[72] Josef Goebbels, *Was will eigentlich Amerika?* In: VB, 21. Januar 1939.

[73] Vgl. Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939 - 1941*, Stuttgart 1965, S. 15 f.

[74] Zitiert ebenda, S. 16.

[75] Vgl. FRUS 1939 II, S. 567 ff., zur zeitweiligen Anwendung der „countervailing duties" im Jahre 1936 siehe FRUS 1936 II, S. 227 ff.

[76] Vgl. Günter Moltmann, *Franklin D. Roosevelts Friedensappell vom 14. April 1939. Ein fehlgeschlagener Versuch zur Friedenssicherung*, in: Jahrbuch für Amerikastudien 9 (1964), S. 91 - 109.

[77] Friedländer (s. Anm. 73), S. 18.

Wenn trotz dieser Spannungen zu den USA der Faktor Amerika in den folgenden Monaten bei den Vorbereitungen für den Angriff auf Polen in den strategischen Überlegungen Berlins kaum Berücksichtigung fand, dann dürfte das in erster Linie mit Hitlers Blitzkriegskonzeption zu erklären sein[78]. Ein schneller Sieg über Polen ließ es nicht als notwendig erscheinen, das strategische Potential der USA in die Planungen einzubeziehen, und zwar um so weniger, als Hitler von der Prämisse ausging, England werde auch diesmal abseits stehen und die von ihm anvisierte Lokalisierung des deutschen Polenfeldzuges tolerieren. In dieses politische Kalkül wurden auch die USA einbezogen, deren Deutschlandpolitik offensichtlich als Funktion der Londoner Politik interpretiert wurde.

Bei einer derartigen Analyse war es selbstverständlich, daß die von Roosevelt beeinflußte Entscheidung der britischen Regierung, einer weiteren deutschen Expansion entschiedener zu begegnen, Berlin zwingen mußte, auch die Rolle der USA zu überdenken. Die Kriegserklärung Englands und Frankreichs vom 3. September 1939 markiert insofern gerade auch in bezug auf die USA einen wichtigen Wendepunkt in den strategischen Überlegungen Hitlers[79]. Mochte Hitler lange der Illusion erlegen sein, er könne den Ausbau der deutschen Hegemonialstellung in Europa vollenden, während die USA als „der fixierte Gegner der Zukunft" abseits bleiben würden. Seit dem 3. September 1939 war eine kurzfristige Einbeziehung des Faktors Amerika in die strategischen Überlegungen notwendig[80]. Das hatte eine entscheidende Wirkung auf die Kriegsführung in Europa. Der „immer wieder anklingende drohende Ton der Telegramme, Noten und Anfragen des Herrn Roosevelt", erläuterte Hitler gegenüber Mussolini, seien „Grund genug ... um vorsorglicherweise so schnell wie möglich das Ende des Krieges herbeizuführen"[81]. Im Dezember 1940 präzisierte Hitler, daß „wir 1941 alle kontinentaleuropäischen Probleme lösen müßten", da die USA ab 1942 „in der Lage wären, einzugreifen"[82].

Aus Hitlers Sicht war es nur konsequent, den Kriegseintritt der USA so weit wie möglich hinauszuschieben bzw. ein vorzeitiges militärisches Eingreifen nicht zu provozieren[83]. Diesem Ziel suchte Berlin auf mehrfache Weise zu entsprechen: Die deutsche Propagandatätigkeit in den USA wurde ganz

---

[78] Vgl. Friedländer (s. Anm. 73), S. 18 ff.

[79] Andreas Hillgruber, *Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938 - 1941*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament v. 11. Mai 1966, S. 8 f.

[80] Ebenda, S. 7.

[81] Zitiert ebenda, S. 9.

[82] Zitiert ebenda, S. 15.

[83] Vgl. Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1933 - 1945. Kalkül oder Dogma?* 2. Aufl. Stuttgart 1973, S. 94 ff.

darauf abgestellt, die isolationistischen Tendenzen in den USA zu verstärken. Höhepunkte dieser Entwicklung waren die Versuche zur Beeinflussung des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes von 1940 und die Unterstützung des Ende 1940 gegründeten „America First Committee". Freilich waren diese Bemühungen an einer Überschätzung der isolationistischen Impulse auf die Formulierung der Washingtoner Außenpolitik gekennzeichnet und letztlich wirkungslos[84]. Größeres Gewicht kam in diesem Kontext Hitlers Politik der Konfliktvermeidung zu. Hier sind insbesondere die Restriktionen zu erwähnen, die Hitler der deutschen Seekriegsleitung auferlegte, um Zwischenfälle, die den USA einen vorzeitigen Anlaß zur Intervention hätten bieten können, unbedingt zu vermeiden[85]. Im Gesamtrahmen dieser Politik gegenüber den USA mußte Hitler daran gelegen sein, auch im diplomatischen Bereich vorsichtig zu taktieren. So hat er sich gegen die verschiedenen amerikanischen Friedenssondierungen, wie beispielsweise die Mission von Staatssekretär („Under Secretary of State") Summer Welles, nicht von vornherein prinzipiell gesperrt. Neuere Forschungen lassen allerdings keinen Zweifel daran, daß die verschiedenen diplomatischen Kontakte eine reale Erfolgschance nicht gehabt haben, da Roosevelt wie Hitler nicht bereit waren, ihre Zielsetzungen zu modifizieren: Während Hitler an seinen Kriegszielen festhielt, war Roosevelt nicht bereit eine deutsche Hegemonie zu tolerieren, vielmehr erblickte er in der Bekämpfung Deutschlands eine Grundvoraussetzung für die Realisierung der von ihm anvisierten Weltmachtstellung[86].

Zu der auf die Vermeidung von Konflikten abgestellten Politik gegenüber den USA tritt seit dem Frühjahr 1941 allerdings eine gegenläufige Tendenz: Als Hitler trotz des Bündnisses mit Japan fürchten mußte, Japan könne sich einer militärischen Auseinandersetzung mit den USA entziehen, sah er sich nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der stagnierenden Offensive im Osten veranlaßt, Tokio zu einem Kollisionskurs mit den USA zu drängen. Hier offenbart sich eine innere Widersprüchlichkeit der Hitlerschen Konzeption, derzufolge vor der Auseinandersetzung mit den USA die Beherrschung Kontinentaleuropas realisiert sein sollte[87]. Mit der Intensivierung der Japanpolitik hatte Hitler die Genesis jener Konstellation beschleunigt, in der sich das Potential der USA voll gegen Deutschland richtete und die Niederlage unausweichlich machte.

---

[84] Vgl. hierzu Friedländer (s. Anm. 73), S. 60 ff.; 99 ff.; Alton Frye, *Nazi Germany and the American Hemisphere 1933 - 1941*, New Haven — London 1967, S. 131 ff., 153 ff.

[85] Ausführlich hierzu bes. Friedländer (s. Anm. 73).

[86] Vgl. hierzu in einzelnen Bernd Martin, *Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939 - 1942*, Düsseldorf 1974, bes. S. 132 ff.; 207 ff.

[87] Vgl. Bernd Martin, *Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg. Vom Angriff auf Pearl Harbor bis zur deutschen Kapitulation*, Göttingen 1969, S. 26 ff.; dazu auch LINK (s. Anm. 5), S. 232.

Allerdings wird man in diesem Zusammenhang die Bedeutung Japans nicht überschätzen dürfen, denn die USA hätten die Niederwerfung Kontinentaleuropas keinesfalls abgewartet, wie es der Hitlerschen Konzeption entsprach. Hitler mochte „bei der für sein politisches Denken kennzeichnenden Gleichsetzung von politischen und territorialen Interessen in jeder Großmachtpolitik" davon ausgehen, daß die Etablierung deutscher Herrschaft über Kontinentaleuropa „keine Überschneidung deutscher mit britischen und amerikanischen Interessen" implizierte[88]; für Washington war die Bedrohnung vitaler amerikanischer Interessen durch das nationalsozialistische Deutschland bereits in den 1930er Jahren Realität. Besonders deutlich läßt sich das an der deutschen wirtschaftlichen Durchdringung Lateinamerikas ablesen.

Die lateinamerikanischen Staaten waren seit 1934 vor allem aus ökonomischen Gründen in das Blickfeld der Berliner Diplomatie gerückt[89]. Insbesondere wegen des gestiegenen deutschen Rohstoffbedarfs schien eine Wiederbelebung des im Verlauf der Weltwirtschaftskrise gesunkenen deutschen Warenaustausches mit Lateinamerika (um 75% im Jahre 1932 gegenüber 1929) dringend geboten[90]. Auftakt der von der historischen Forschung lange kaum beachteten wirtschaftlichen Durchdringung Lateinamerikas seit 1934/35 war die Entsendung der „Deutschen Handelsdelegation für Südamerika" mit der Hauptaufgabe, den „devisenfreien Bezug von Rohstoffen aus Südamerika zu sichern"[91].

Ungeachtet aller Schwierigkeiten in Einzelfragen gelang es der Delegation, die während ihrer siebenmonatigen Reise sämtliche südamerikanischen Staaten außer Bolivien und Paraguay besuchte, die Widerstände der Verhandlungs-

[88] Hillgruber (s. Anm. 79), S. 5.

[89] Vgl. zur Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches im einzelnen Manfred Kossok, *„Sonderauftrag Südamerika". Zur deutschen Politik gegenüber Lateinamerika 1938 bis 1942*, in: Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus 1810 - 1960, Berlin 1961, S. 234 - 255; *Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933 - 1943*, Berlin 1966 (7 Beiträge von DDR-Historikern); FRYE (s. Anm. 84); Hans-Jürgen Schröder, *Die „Neue deutsche Südamerikapolitik". Dokumente zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in Lateinamerika von 1934 bis 1936*, in: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas 6 (1969), S. 337 - 450; Käte Harms-Baltzer, *Die Nationalisierung der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien als Problem der deutsch-brasilianischen Beziehungen 1930 - 1938*, Berlin 1970; Arnold Ebel, *Das Dritte Reich und Argentinien. Die diplomatischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Handelspolitik (1933 - 1939)*, Köln 1971, mit jeweils weiteren Literaturangaben.

[90] Vgl. Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 18. Juli 1934, S. 135.

[91] Handelspolitischer Ausschuß, Protokoll der Sitzung vom 27. Juni 1934, in: AA, Handakten Wiehl, Handelspolitischer Ausschuß, Protokolle, Bd. 3.

partner gegen einen devisenfreien Warenaustausch zu überwinden. Hervorzuheben sind insbesondere der Abschluß von Handelsverträgen oder Zentralbankvereinbarungen mit Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, die den devisenfreien Bezug lebenswichtiger Rohstoffe ermöglichten. Die Handelsbeziehungen zu den übrigen lateinamerikanischen Staaten wurde Ende 1934 mit der Einführung des sog. ,,Ausländersonderkontos" durch Erlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung von deutscher Seite autonom geregelt. Der Delegationsleiter, Gesandter Otto Kiep, hielt es bei der Bewertung der Neuregelungen im Warenaustausch mit Lateinamerika sogar für möglich, statt des bisherigen deutschen Devisenaufwands von 300 bis 400 Millionen Reichsmark pro Jahr durch zusätzliche deutsche Exporte sogar einen Devisenüberschuß erwirtschaften zu können[92]. Zu diesen handelspolitischen Erfolgen kam ein gewisser propagandistischer Effekt: So hatte die Delegation ,,den Eindruck gewonnen, daß ihre Entsendung überall in den beteiligten Ländern als Auszeichnung und als Ausdruck der freundschaftlichen Einstellung der deutschen Politik ihnen gegenüber gewertet wurde"[93].

Die mit der Rundreise der deutschen Handelsdelegation inaugurierte ,,neue deutsche Südamerikapolitik" wurde bereits Mitte 1935 in der Wilhelmstraße eingehend analysiert. Unter Hinweis auf die bereits zu diesem Zeitpunkt erkennbaren deutschen Exporterfolge und die dadurch geschaffenen Möglichkeiten des devisenlosen Kaufs wichtiger Rohstoffe (Baumwolle, Wolle, Leinsaat, Felle, Ölkuchen, Rohtabak, Kakao) konnte Hans Kroll (Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes für die südamerikanischen Wirtschaftsfragen völlig zu Recht feststellen, ,,daß sich Verrechnungssystem und -Methoden gegenüber Südamerika bewährt haben". Besonders der Vergleich des deutsch-südamerikanischen Warenverkehrs mit der Entwicklung des gesamten deutschen Außenhandels verdeutlicht die geradezu spektakulären Erfolge der deutschen Wirtschaftsdiplomatie in Lateinamerika: Während die deutsche Gesamteinfuhr im Jahre 1935 gegenüber dem Vorjahr um 6,57% zurückging, stieg die Einfuhr aus Südamerika im gleichen Zeitraum um 37,48%. Dem Zuwachs der deutschen Gesamtausfuhr von 2,47% stand eine Ausweitung der Exporte nach Südamerika von 45,31% gegenüber. Daß es sich hier um einen für Deutschland bedeutenden außenwirtschaftlichen Vorgang handelt, beweist der Anteil Südamerikas am gesamten deutschen Außenhandel: er hatte sich bereits im Jahre 1935 auf 9,40% gegenüber 5,23% im Jahre 1932 erhöht[94].

---

[92] Vgl. Aufzeichnung Kiep betreffend die Tätigkeit der Deutschen Handelsdelegation für Südamerika, 14. Februar 1935, in: ADAP/C III, S. 910 ff.

[93] Ebenda, S. 912.

[94] Aufzeichnung Kroll (Gegenwärtiger Stand und Zukunftsaussichten der deutschen Handelsbeziehungen mit Südamerika), 12. Juni 1935, abgedruckt bei Schröder (s. Anm. 89), Zitat S. 374, Zahlenangaben S. 394.

Bei der Einschätzung der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der deutsch-südamerikanischen Handelsbeziehungen vertrat Kroll die Auffassung, daß „es bei elastischer Taktik und geschicktem und planvollem Einsatz der deutschen Kaufkraft und deutschen Kaufbereitschaft sowie der an der Fortführung dieser Politik interessierten südamerikanischen Interessenkreise gelingen sollte, zu einer Verlängerung der geltenden Abkommen und der Fortführung unserer handelspolitischen Beziehungen zu Südamerika auf der Grundlage der Verrechnung zu kommen"[95].

Die mit der Bildung der „Deutschen Handelsdelegation für Südamerika" eingeleitete deutsche Exportoffensive mußte zwangsläufig zu einer Interessenkollision mit den Vereinigten Staaten führen, denn die Washingtoner Lateinamerikapolitik verfolgte ebenfalls primär wirtschaftliche Ziele. Die mit dem Namen von Präsident Roosevelt verknüpfte „Good Neighbor Policy" bedeutete lediglich einen Methodenwandel der traditionell von ökonomischen Zielsetzungen bestimmten Lateinamerikapolitik der USA. Daher wurde die deutsche Wirtschaftsoffensive in Lateinamerika in den USA von Anfang an mit größtem Mißtrauen verfolgt. Zunächst schlug sich das in zahlreichen Protestschreiben von Exporteuren und Exportorganisationen an das State Department und das Commerce Department eindrucksvoll nieder. Diese Proteste richteten sich in erster Linie gegen die Methoden der deutschen Außenwirtschaftspolitik, die durch Exportsubventionen, eine selektive Abwertung der Verrechnungsmark, Kompensationsgeschäfte und überhöhte Preise für lateinamerikanische Rohstoffe die nordamerikanische Konkurrenz auf den Preismärkten Süd- und Mittelamerikas ausschalten konnte. Eine in der Lateinamerikaabteilung des State Department 1936 erstellte Analyse der deutschen Exportoffensive in Mittel- und Südamerika ließ bereits für das Jahr 1935 das volle Ausmaß der erfolgreichen deutschen Konkurrenz mit nordamerikanischen Exportprodukten erkennen: „This analysis shows that in 1935 only in Peru and in three comparatively 'sheltered' markets, Cuba, Mexico and Panama, did United States exports keep pace with Germany's exports, while in the other 14 Republics under consideration United States trade either declined absolutely or relatively (or both) vis-à-vis Germany"[96]. Die entsprechenden Vergleichszahlen für 1936 zeigten eine weitere Verschärfung der deutsch-amerikanischen ökonomischen Rivalität in Lateinamerika. So gelang es der deutschen Wirtschaftsdiplomatie sowohl in Brasilien als auch in Chile, bei den Importanteilen den ersten Platz zu erringen, eine Position, die zuvor die USA innegehabt hatten. Angesichts der traditionell starken Position Englands in Argentinien, bedeutete das deutsche

[95] Ebenda, S. 377.

[96] German Trade with Latin America in Past Two Years, November 1936, ebenda, S. 438.

Vordringen in Brasilien und Chile, daß die USA im Jahre 1936 in allen drei ABC-Staaten handelspolitisch auf den zweiten Platz verwiesen wurden[97].

Dieser bereits Mitte der 1930er Jahre ausgeprägten handelspolitischen Konfrontation zwischen Berlin und Washington in Lateinamerika kommt deshalb eine so große ökonomische und politische Bedeutung zu, weil die Regierung Roosevelt, wie bereits dargelegt wurde, die Überwindung der Depression als zentrale politische Aufgabe ansah, die durch Einbeziehung der Außenmärkte gelöst werden sollte. Den lateinamerikanischen Märkten kam im Washingtoner Kalkül traditionell eine hervorragende Rolle zu, die wegen der politischen Entwicklung in Europa und Asien seit Mitte der 1930er Jahre eine weitere Bedeutung erfuhr. Deshalb hatte die Hullsche Handelsvertragspolitik hier auch einen Schwerpunkt.

Die deutsche Wirtschaftsoffensive stellte einmal Washingtons „open door empire" in Lateinamerika grundlegend in Frage. Zum anderen unterminierte die „neue deutsche Südamerikapolitik" nicht nur das Washingtoner Außenwirtschaftskonzept, sondern in ihren Rückwirkungen auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung der USA die Rooseveltsche Krisentherapie: „Every blow at our foreign trade is a direct thrust at our economic and social life", so hat „Assistant Secretary of State" Sayre die von der deutschen Lateinamerikapolitik ausgehende Bedrohung für die USA prägnant formuliert[98]. Das erklärt dann die Entschlossenheit, mit der die Washingtoner Diplomatie der deutschen Konkurrenz zu begegnen suchte.

Die deutschen Missionen in den lateinamerikanischen Ländern berichteten dann auch laufend über den „Wirtschaftsdruck" Washingtons, den Kampf der Vereinigten Staaten „gegen die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands", und sie ließen keinen Zweifel daran, daß „Nordamerika handelspolitisch sehr scharf gegen Deutschland drückt". Es fehle nicht an Anhaltspunkten, berichtete der deutsche Missionschef in Mexiko, daß die „Botschaft und der Handelskommissar der Vereinigten Staaten mit allen Mitteln gegen uns arbeiten", und der deutsche Geschäftsträger in Washington meldete ebenfalls einen „Druck" der USA gegen den deutschen Verrechnungsverkehr mit Lateinamerika. Das Auswärtige Amt verwies zusammenfassend auf die „planmäßige Aktion der Vereinigten Staaten gegen die handelspolitische Stellung Deutschlands in Süd- und Mittelamerika". Der „Abwehrkampf"

---

[97] Zur deutsch-amerikanischen ökonomischen Rivalität vgl. die demnächst auch gedruckt vorliegende Dissertation von Stanley E. Hilton, *Brazil and the Great Power Trade Rivalry in South America*, 1934 - 1939, Ph. D. Dissertation, University of Texas, Austin/Texas 1969, University Microfilm No. 70 - 10811; Hans-Jürgen Schröder, *Die Vereinigten Staaten und die nationalsozialistische Handelspolitik gegenüber Lateinamerika 1937/38*, in: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas 7 (1970), S. 309 - 370.

[98] Francis B. Sayre, *Our Problem of Foreign Trade*, Washington 1936, S. 2.

gegen diese Politik Washingtons müsse mit allen Kräften aufgenommen werden, wenn die „in den letzten Jahren in Süd- und Mittelamerika erzielten handelspolitischen Fortschritte nicht wieder verloren gehen sollen"[99].

Die sich an binnewirtschaftlichen Notwendigkeiten orientierende ökonomische Durchdringung Lateinamerikas ist vom Auswärtigen Amt und vom Reichswirtschaftsministerium in ständiger interner Auseinandersetzung mit der Auslandsorganisation der NSDAP konsequent durchgehalten worden. Ungeachtet der aus der Tätigkeit der Auslandsorganisation sich ergebenen außenpolitischen Schwierigkeiten, die bisher vor allem für das deutsch-brasilianische Verhältnis untersucht worden sind[100], erwies sich die deutsche Wirtschaftsdiplomatie in Lateinamerika als überaus erfolgreich; das spiegelt sich in der Statistik klar wider: Im Jahre 1938 waren die lateinamerikanischen Staaten mit knapp 15% an der deutschen Gesamteinfuhr beteiligt, der entsprechende Anteil Südosteuropas betrug demgegenüber nur knapp 10%[101].

Unter dem Eindruck dieser Erfolge stellte Hitler im Januar mit Genugtuung fest: „Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den südamerikanischen Staaten sind erfreulich und erfahren eine sichsteigernde wirtschaftliche Belebung". Im Hinblick auf die Bedeutung Lateinamerikas für die deutsche Wirtschaft verwahrte sich Hitler gegen jede „Einmischung" in deutsche Gelegenheiten: „Ob Deutschland zum Beispiel mit süd- oder zentralamerikanischen Staaten wirtschaftliche Beziehungen aufrechterhält und Geschäfte betätigt, geht außer diesen Staaten und uns niemand etwas an. Deutschland ist jedenfalls ein souveränes und großes Reich und untersteht nicht der Beaufsichtigung amerikanischer Politiker"[102].

Mit dem Kriegsausbruch in Europa war der Warenaustausch mit Lateinamerika praktisch unmöglich geworden. Durch den Ausfall des deutschen Marktes für lateinamerikanische Produkte war Berlin seines wichtigsten Instruments einer aktiven Lateinamerikapolitik beraubt. Die Reichsregierung sah sich daher gezwungen, durch diplomatische Schritte und Propagandaaktionen die Attraktivität des deutschen Marktes dadurch wachzuhalten, daß ein schnelles Kriegsende und die möglichst baldige Wiederaufnahme des Warenaustausches suggeriert wurde. Diese Politik verlor im Verlauf des Krieges jedoch an Glaubwürdigkeit. Die USA waren damit in die Lage versetzt, den deutschen wirtschaftlichen Einfluß zu liquidieren. Die Auseinandersetzung zwischen Washington und Berlin vollzog sich in Lateinamerika

---

[99] Vgl. DG Montevideo (Langmann) an AA, 7. Dezember 1938, in: AA, Handakten Wiehl, Uruguay, Bd. 1; ADAP/D V, S. 697 ff.; DB Washington (Thomsen) an AA, 10. März 1939, in: AA, Büro Staatssekretär, Brasilien, Bd. 1; Runderlaß AA 17. Juli 1937, in: AA, Handakten Wiehl, Südamerika, Bd. 1.

[100] Vgl. Harms-Baltzer (s. Anm. 89).

[101] Zahlenangaben nach ERBE (s. Anm. 22), S. 76.

[102] Max Domarus, *Hitler* (s. Anm. 7) II, S. 1066.

seit dem Kriegsausbruch primär im ideologisch-politischen Bereich; darüber hinaus konzentrierte sich Washington auf die Abwehr einer potentiellen militärisch-strategischen Gefahr[103].

Die hier nur gestreifte deutsch-amerikanische Rivalität in Lateinamerika erhellt die grundlegenden Divergenzen zwischen dem Dritten Reich und den USA. Vor allem im ökonomischen Bereich hatte sich bereits Mitte der 1930er Jahre in Lateinamerika eine Konfrontation entwickelt, die eine grundlegende Herausforderung essentieller amerikanischer Interessen implizierte. Während sich in Europa zunehmend der Ausschluß der USA von der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft vollzog, stellte die nationalsozialistische ökonomische Expansion in Lateinamerika Washingtons „open door empire" bereits seit 1935/36 in Frage. Nicht zuletzt hier wird deutlich, warum die Regierung Roosevelt eine deutsche Hegemonialstellung in Kontinentaleuropa nicht akzeptieren würde, und deshalb eine aktive Gegenpolitik mittels ökonomischen Drucks und einer außenpolitischen Annäherung an London entwickelte.

---

[103] Hierzu etwa Frank D. McCann, Jr., *The Brazilian-American Alliance 1937 - 1945*, Princeton New Jersey 1973.